



Betreff: öffentlich
Dokumentation der 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam

**bezüglich
DS Nr.:**

Erstellungsdatum 28.03.2019

Eingang 922: 28.03.2019

Einreicher: Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

08.05.2019 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Dokumentation der 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam am 15. Oktober 2018.

Am 15. Oktober 2018 fand die 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam unter dem Titel „EINE Stadt für ALLE – Teilhabe und Mitbestimmung“ statt. Mit der Mitteilungsvorlage wird die Dokumentation der Konferenz der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben.

Im Fokus der Integrationskonferenz stand der Blick der migrantischen Bevölkerung auf den Potsdamer Integrationsprozess.

Im Rahmen der Konferenz wurde in Gesprächsgruppen ausführlich an folgenden Themen gearbeitet:

1. Migrant*innen und Geflüchtete organisieren sich
2. Kultur in Potsdam – Ankommen und selbst gestalten
3. Arbeitsmarkt
4. Ausbildung und Studium
5. Übergang aus dem zweijährigen Bildungsgang „Berufsschule Grundbildung Plus (BFS-G-Plus)“ an den Oberstufenzentren in die Ausbildung
6. Schule und lokales Umfeld als Lern- und Lebensraum

Die Erkenntnisse der Konferenz können in die Praxis bzw. in die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes Eingang finden.

7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam



Landeshauptstadt
Potsdam



EINE Stadt für ALLE

Integrationskonferenz | Teilhabe und Mitbestimmung

Ihre Meinung ist gefragt:

- Migrantische Selbstorganisation und Ehrenamt
- Ausbildung, Arbeitsmarkt und Sprache

Montag, 15. Oktober 2018 | 14 bis 18 Uhr
Treffpunkt Freizeit | Am Neuen Garten 64 | 14469 Potsdam

Infos | Ablauf | Anmeldung bis 05.10.2018 | www.potsdam.de/chancengleichheit

© 2018 Landeshauptstadt Potsdam

*Potsdam!
bekannt für alle*



Bündnis für Brandenburg
mit dem Partnerprogramm

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses
für Brandenburg

Dokumentation

7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam 15. Oktober 2018

Dokumentation

Motto: „**EINE Stadt für ALLE – Teilhabe und Mitbestimmung**“

Zeit: 15.10.2018, 14.00 Uhr – 18.00 Uhr

Ort: Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

Veranstalter: Landeshauptstadt Potsdam

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg

Protokollant*innen der Thementische:

Kerstin Conrad, Diana Gonzalez Olivo, Karin Juhász,
Karin Kranhold, Dr. Jutta Laukart, Christian Leonhardt,
Uta Meng, Yvonne Meyer

Dokumentation: Andreas Kellner, Michael Meixner, Magdolna Grasnack

Fotos: soweit nicht anders vermerkt Bashar Oudeh, SocialVisions e. V.

Foto Deckblatt: Fotolia/Rawpixel.com

Verantwortlich: Landeshauptstadt Potsdam
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Beauftragte für Migration und Integration
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14469 Potsdam
E-Mail: gleichstellung@rathaus.potsdam.de

Inhalt

Vorbereitung und Anliegen	5
Die Mitglieder der vorbereitenden Arbeitsgruppe	5
Zielgruppen der Konferenz.....	6
„Prioritärer Blick“ in der Konferenz	6
Öffentlichkeitsarbeit	6
Ablauf	9
Eröffnung.....	10
Grußwort von Martina Trauth	10
Vorstellung der Konferenzthemen	12
Gesprächsgruppen/Thementische.....	14
1. Migrant*innen und Geflüchtete organisieren sich	14
Inhalt	14
Fazit	16
2. Kultur in Potsdam – Ankommen und selbst gestalten.....	18
Inhalt	18
Fazit	19
3. Arbeitsmarkt.....	20
Inhalt	21
Wichtige allgemeine Aussagen der Teilnehmenden	21
Beratung	21
Jobcenter Potsdam	21
Bedeutung der Sprache für die Arbeitsmarktintegration	21
Gründung/Berufliche Selbständigkeit.....	22
Fazit	22
4. Ausbildung und Studium.....	23
Inhalt	24
Fazit	24

5. Übergang aus dem zweijährigen Bildungsgang "Berufsfachschule Grundbildung Plus (BFS-G-Plus)" an den Oberstufenzentren in die Ausbildung.....	25
Inhalt	25
Ergebnis der direkten Visualisierung	27
Fazit	28
Empfehlungen/Forderungen.....	28
Nachtrag nach der Integrationskonferenz von Frau Merker (BUSS-Beraterin und Lehrkraft am OSZ I).....	29
6. Schule und lokales Umfeld als Lern- und Lebensraum	30
Inhalt	30
Fazit	31
Markt der Ideen/Tafeln „Leben in Potsdam“	33
Abschluss.....	35
Bilder von der Abschlusspräsentation	36
Evaluierung	37
Auswertung der Fragebögen.....	37
Liste der Teilnehmenden der 7. Integrationskonferenz.....	38
Initiativen und Organisationen	

Vorbereitung und Anliegen

Im Juli 2008, nach einem anderthalbjährigen Prozess, in dem Vertreterinnen und Vertreter von migrationsrelevanten Strukturen aus vielen verschiedenen städtischen Einrichtungen, der Verwaltung, der Stadtverordnetenversammlung und des Migrantenbeirates (damals Ausländerbeirat) mitgearbeitet haben, wurde das erste Integrationskonzept der Landeshauptstadt Potsdam durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Seitdem werden in Potsdam Integrationskonferenzen durchgeführt. Diese dienen als Plattform für den Austausch von Migrant*innen und anderen Akteur*innen, zur Evaluation von Integrationsprozessen und zur Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes.

Das Integrationskonzept 2008 wurde in vierjährigen Abständen, jeweils im Rahmen von Beteiligungsprozessen, fortgeschrieben. Die zweite Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Jahre 2016-2020 haben die Stadtverordnete am 8. Juli 2017 beschlossen.

Am 15. Oktober 2018 fand die 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam statt. Die Terminfindung zur Konferenz erfolgte bereits 2017 nach Rücksprache mit dem Büro des Oberbürgermeisters. Im Rahmen dieser Konferenz sollte die Perspektive der Migrant*innen und Geflüchteten auf den Potsdamer Integrationsprozess im Zentrum stehen.

Die Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Konferenz hat ihre Arbeit in Federführung der Beauftragten für Migration und Integration am 7. Mai 2018 begonnen. Zu den Mitgliedern der Arbeitsgruppe gehörten Vertreter*innen der Potsdamer migrantischen Bevölkerung, des Migrantenbeirates, der Akteur*innen der Integrationsarbeit und der Verwaltung.

Die Mitglieder der vorbereitenden Arbeitsgruppe waren:

Vertreter*innen der Netzwerke, darunter Migrantenbeirat, Migrantenorganisationen:

- Waltraud Eckert-König (RAA Potsdam),
- Bernhard Fricke (Flüchtlingspfarrer, Evangelischer Kirchenkreis Potsdam),
- Baghlani Hassibullah (Afghanischer Kulturverein e. V., i. Gr.),
- Dr. Dagmar Grütte (Geschäftsführerin, Neues Potsdamer Toleranzedikt e. V.),
- Christian Leonhardt (Projektleiter Soziokultur, Waschhaus Potsdam),
- Uta Meyer (RAA Potsdam),
- Abdul Nazir Freshte (Afghanischer Kulturverein e. V., i. Gr.),
- Mirko Stojanovic (RAA Potsdam),
- Schirin Wiesand (Fachzentrum für Soziale Arbeit im Bereich Migration und Integration bei ISA e. V.)
- Diana Gonzalez Olivo, Vorsitzende des Migrantenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam
- Fadi Sujaa (Mosaikstein e. V.)

Vertreter*innen der Landeshauptstadt Potsdam:

- Kerstin Conrad, Bereich Bildung, „Projekt Türöffner: Zukunft-Beruf“
- Angela Naumann, Bereich Kultursteuerung und -marketing
- Thea Djawid, Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte
- Birgit Ukrow, Jugendhilfeplanerin
- Jörg Bindheim, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- Karin Juhász, Bereich Stadterneuerung

- Pauline Burnouf, Janine Draeger, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Magdolna Grasnack (Federführung), Beauftragte für Migration und Integration
- Uta Meng, Wirtschaftsförderung
- Uwe Salomon, Bereich Marketing

Zielgruppen der Konferenz

- Potsdamer*innen (Migrant*innen, Geflüchtete, Deutsche)
- Kommunalpolitik und Verwaltung
- Fachpublikum (Akteur*innen, die professionell in der Integrationsarbeit tätig sind)

„Prioritärer Blick“ in der Konferenz

Im Fokus der Integrationskonferenz stand die Perspektive der migrantischen Bevölkerung auf den Potsdamer Integrationsprozess:

- Welche Erfahrungen haben die unterschiedlichen Migrantengruppen im Zuge ihrer eigenen Integrationsprozesse in Potsdam gesammelt?
- Was funktionierte gut, was hätte anders laufen können?
- Gibt es Optimierungsvorschläge für das Handeln in der Kommune für einen gelingenden Integrationsprozess?

Öffentlichkeitsarbeit

Eine Öffentlichkeitsarbeit zur Teilnahme an der Integrationskonferenz erfolgte mit Flyern, Plakaten, per Brief, elektronisch, im Internet und in Social Media.

Die Einladungskarte:



Landeshauptstadt
Potsdam



Einladung zur Integrationskonferenz

EINE Stadt für ALLE

Teilhabe und Mitbestimmung

Montag, 15. Oktober 2018
14 bis 18 Uhr

Treffpunkt Freizeit
Am Neuen Garten 64 | 14469 Potsdam

Infos | Ablauf | Anmeldung bis 05.10.2018
www.potsdam.de/chancengleichheit

*Potsdam!
bkennt Farbe*



Gefördert mit Mitteln
des Bündnisses für Brandenburg



Liebe Migrantinnen und Migranten,
liebe Neuzugewanderte,
liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

die Integration von Migrantinnen und Migranten betrifft die ganze Stadtgesellschaft. Denn Integration ist ein Prozess, bei dem die Neuankommenden den bereits hier lebenden Menschen begegnen und das Leben im Alltag, im Wohnumfeld oder am Arbeitsplatz gemeinsam gestalten.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat im Jahr 2017 ein neues Integrationskonzept beschlossen, in dem zahlreiche Ziele und Maßnahmen beschrieben sind. Sie haben sicher eigene Erfahrungen mit dem Integrationsprozess gemacht, selbst Unterstützung bei der Zuwanderung erhalten oder Kolleginnen und Kollegen und Menschen in der Nachbarschaft beim Ankommen in unserer Stadt begleitet.

Im Rahmen der Integrationskonferenz wollen wir Ihnen zuhören, Ihre Sicht auf das Erlebte erfahren, gemeinsam neue, innovative Ideen für einen gelingenden Integrationsprozess entwickeln.

Insbesondere die Themen

- Migrantische Selbstorganisation und Ehrenamt
- Ausbildung, Arbeitsmarkt und Sprache

wollen wir mit Ihnen diskutieren. Sie können auch vor Ort ein weiteres Thema vorschlagen.

Seien Sie herzlich willkommen auch in Begleitung Ihrer Kinder – für Kinderbetreuung wird gesorgt. Zum Ausklang besteht die Möglichkeit, sich bei einem Imbiss kennenzulernen und neue Kontakte zu knüpfen.

Ihr Jann Jakobs
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Potsdam

Der Anmeldebogen:



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Anmeldung für die Teilnahme an der Integrationskonferenz am 15.10.2018

Vorname: _____

Nachname _____

Organisation _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ/Stadt _____

Telefon/E-Mail-Adresse _____

An welcher Gesprächsgruppe möchten Sie teilnehmen?

- Migrant*innen und Geflüchtete organisieren sich
- Kultur in Potsdam – Ankommen und selbst gestalten
- Arbeitsmarkt
- Ausbildung, Studium
- Übergang von der Berufsfachschule Grundbildung + Klasse (OSZ) in die Ausbildung
- Schule und lokales Umfeld als Lern- und Lebensraum

Kinderbetreuung gewünscht: Ja Nein Anzahl der Kinder: _____

Alter der Kinder: _____

Gebärdendolmetscher*in benötigt Ja Nein

- Ja, ich bin als Mitwirkender mit der Veröffentlichung und Dokumentation meiner Daten (Nachname, Organisation, Fotoaufnahmen) einverstanden.

Bitte ausfüllen bis zum 05.10.2018 und senden

Datenschutz: Wir möchten hiermit darauf aufmerksam machen, dass die erhobenen persönlichen Daten ausschließlich für die Organisation der Integrationskonferenz vorübergehend gespeichert werden. Sollten Sie damit nicht einverstanden sein, melden Sie sich gern bei uns.

*Potsdam!
bekennt Farbe*



Bündnis für Brandenburg
...weil es um Menschen geht!

Gefördert mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg

Ablauf

Gesamtmoderation:
Mitarbeiter*innen der RAA Potsdam

Uhrzeit	Aktivität
14:00 Uhr	Eröffnung der Integrationskonferenz durch die Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt Martina Trauth in Vertretung für den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
14:15 Uhr – 14:55 Uhr	Gespräch mit Fish-Bowl-Methode zwischen Diana Gonzalez Olivo und Magdolna Grasnick zu aktuellen Themen in der Stadt. Dabei Vorstellung der Konferenzthemen und der Expert*innen, die an den Thementischen die Teilnehmenden zum Austausch einladen
15:00 Uhr – 16:00 Uhr	Gesprächsgruppen/Thementische: <ol style="list-style-type: none"> 1) Migrant*innen und Geflüchtete organisieren sich (Expert*innen: Diana Gonzalez Olivo, Baghlani Hassibullah) 2) Kultur in Potsdam – Ankommen und selbst gestalten (Expert*innen: Karin Kranhold, Christian Leonhardt) 3) Arbeitsmarkt (Expert*innen: Bernhard Fricke, Uta Meng, Fadi Sujaa) 4) Ausbildung und Studium (Expert*innen: Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung, IHK Welcome Integration Network) 5) Übergang aus dem zweijährigen Bildungsgang "Berufsfachschule Grundbildung Plus" („BFS-G-Plus“) an den Oberstufenzentren in die Ausbildung (Expertinnen: Kerstin Conrad, Thea Djawid, Annette Merker) 6) Schule und lokales Umfeld als Lern- und Lebensraum (Expertinnen: Karin Juhász, Dr. Jutta Laukart) <p>Querschnittsthema: Deutsche Sprache</p>
16:00 Uhr – 17:00 Uhr	Kreativstunde: <ul style="list-style-type: none"> • Besuch des Marktes der Ideen • Darstellung der Gedanken auf den Tafeln zu der Frage: „Leben in Potsdam: Wie stelle ich mir meine Zukunft in der Landeshauptstadt Potsdam vor?“ • Vernetzungsgespräche <p>... und eine Tasse Kaffee, Tee, etwas zum Knabbern dazu ...</p>
17:00 Uhr – 17:40 Uhr	Präsentation der Ergebnisse aus den Gesprächsgruppen
17:45 Uhr	Verabschiedung und Ausblick (Diana Gonzalez Olivo und Magdolna Grasnick)
18:00 Uhr	Imbiss und Ausklang

Eröffnung

Die Eröffnungsveranstaltung wurde von Waltraud Eckert-König und Uta Meyer, beide Mitarbeiterinnen der RAA Potsdam, moderiert.

Die Leiterin des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt der Landeshauptstadt Potsdam, Martina Trauth, sprach, stellvertretend für den Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD), ein Grußwort. Damit eröffnete sie die 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam. Diese stand unter dem Motto „**EINE Stadt für ALLE – Teilhabe und Mitbestimmung**“.

Grußwort von Martina Trauth

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie alle herzlich zur heutigen Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam begrüßen. Ich freue mich, dass Sie heute Nachmittag den Weg in den Treffpunkt Freizeit gefunden haben, dass Sie sich heute Nachmittag mit einem offenen Ohr und gegenseitigem Interesse zum Thema Integration austauschen möchten. Ich freue mich, dass ein Drittel unseres Teilnehmerkreises über eine eigene Migrationserfahrung verfügt.

Ich begrüße in unserem Kreis Mitglieder des Potsdamer Migrantenbeirates und der Stadtverordnetenversammlung – stellvertretend begrüße ich Frau Gonzalez Olivo, die Vorsitzende des Migrantenbeirates, Herrn Wartenberg, den 1. Stellvertreter der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und Frau Eisenblätter, die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion der Stadtverordnetenversammlung.

Ich begrüße herzlich unter uns alle, die sich für das erfolgreiche Ankommen von Zugewanderten ehrenamtlich engagieren oder zum hauptamtlichen Fachpublikum gehören.



Martina Trauth

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Stadt wächst. Und zwar sehr schnell. Innerhalb eines Jahres zwischen 30. Juni 2017 und 30. Juni 2018 nahm die Bevölkerung um 4.000 Einwohnerinnen und Einwohner zu (Stand: 177.114), darunter 1.650 mit einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit. 8,6 % der Potsdamer Bevölkerung hat nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Durch den Bevölkerungszuwachs hat die Kommune immer mehr Aufgaben zu erledigen – darunter immer mehr für nichtdeutsche Potsdamerinnen und Potsdamer.

Meine Damen und Herren, die Gesetze im Bereich des Ausländerrechts werden auf der Bundesebene beschlossen. Die Landesebene trifft auch Regelungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit. Die Umsetzung der Gesetze erfolgt jedoch vor Ort, in der Kommune.

Hier können die mitgebrachten Ressourcen der neu ankommenden Nachbarn entdeckt, gefördert und eingesetzt werden. Hier leben wir gemeinsam in Nachbarschaft, gehen die Kinder in die Kita, in die Schule, gestalten wir das Leben gemeinsam. Hier müssen Probleme, Konflikte gelöst werden.

Die Integration betrifft die ganze Stadtgesellschaft. Integration findet vor Ort statt. Um einen gelingenden Integrationsprozess zu unterstützen, hat die Landeshauptstadt Potsdam im Beteiligungsverfahren bereits 2007 ein Integrationskonzept erarbeitet. Die zweite Fortschreibung dieses Konzeptes haben die Stadtverordneten im Juli 2017 beschlossen. In diesem Konzept sind zahlreiche Ziele (konkret 77) und Maßnahmen (konkret 137) beschrieben.

Dem Umsetzungsprozess des Integrationskonzeptes dienen die Integrationskonferenzen. Im Rahmen der Konferenz können wir Schwerpunktthemen erörtern, Handlungswege, Ziele, Maßnahmenvorschläge formulieren. Diese können die Stadtverordneten, die Verwaltung oder die angesprochenen Strukturen zur Umsetzung bringen.

Der Titel der heutigen Konferenz wurde nicht ungefähr gewählt:
„EINE Stadt für ALLE – Teilhabe und Mitbestimmung“.

Das Ziel „EINE Stadt für ALLE“ gehört zum Leitbild unserer Stadt. Wer sind die ALLE in unserer Stadt? Das sind gut 177.000 Potsdamerinnen und Potsdamer, zu denen auch gut 15.000 Nichtdeutsche gehören – darunter gut 10.000 ohne Kommunalwahlrecht.

Im Rahmen der heutigen Konferenz wollen wir schwerpunktmäßig auch die Meinung der Potsdamerinnen und Potsdamer mit Migrationsgeschichte anhören. Was hat gut funktioniert beim Ankommen in Potsdam; wo sehen die Betroffenen Handlungsbedarf? Deshalb freue ich mich besonders, dass Potsdamerinnen und Potsdamer mit Migrationsgeschichte die Einladung zur Teilnahme an der heutigen Konferenz angenommen haben. Wir wollen ihnen heute zuhören, ihre Sicht auf das Erlebte erfahren.

Ob Fluchtmigration, Familiennachzug, Arbeitsaufnahme, Studienaufenthalt ... – jede/r soll in Potsdam ein zu Hause finden und sich hier wohl fühlen. Dafür engagiert sich Potsdam.

Die Haltung unserer Kommune ist wichtig. Denn der Integrationsprozess betrifft die ganze Stadtgesellschaft. Die Standortfaktoren Wissenschaft, Film und Tourismus können ohne respektvolle Begegnung im Alltag in der Stadtgesellschaft nicht gestärkt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich bei der engagierten Vorbereitungsgruppe der heutigen Konferenz unter Federführung der Beauftragten für Migration und Integration, Frau Grasnick. Vielen Dank auch dem Team des Treffpunkt Freizeit für die aktive Unterstützung bei der Ausrichtung der Konferenz.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass die heutige Veranstaltung auch aus den Mitteln des Bündnisses für Brandenburg eine Förderung erfährt.

Meine Damen und Herren, ... vorgestern kamen rund 240.000 Menschen zu der Demonstration „#unteilbar – für eine offene und freie Gesellschaft“. Eine der Migrantinnen, die dort zu Wort kam, sagte sinngemäß: Es geht nicht um Friede, Freude, Eierkuchen ...

Es geht nicht darum, so zu tun als sei alles wunderbar. Aber es geht darum, Dinge miteinander zu besprechen und gemeinsam nach Wegen zu suchen. –

Genau das ist auch das Ziel der heutigen Konferenz.

Ich wünsche der Konferenz ein gutes Gelingen.

Vorstellung der Konferenzthemen



Diana Gonzalez Olivo und Magdolna Grasnick

Diana Gonzalez Olivo, Vorsitzende des Migrantenbeirates Potsdam und Magdolna Grasnick, Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, stellten anschließend gemeinsam den Ablauf der Konferenz vor. Dabei standen vor allem die Gesprächsgruppen bzw. Thementische im Mittelpunkt, die inhaltlich jeweils kurz erläutert wurden.

Frau Gonzalez Olivo und Frau Grasnick haben ihre Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Einladung zur Mitgestaltung der Integrationskonferenz viele Potsdamer*innen mit Migrationshintergrund gefolgt haben. Die Konferenz diene auch als Beginn der Kandidat*innensuche für den zukünftigen Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam. Die kommenden Wahlen des Migrantenbeirates finden am 26. Mai 2019 statt. Mit der Konferenz begann die Wahlkampagne, d. h. die Suche nach engagierten Kandidat*innen für den zukünftigen Beirat.

Die Integrationskonferenz wurde mit Mitteln des Bündnisses für Brandenburg gefördert.



Die Teilnehmenden der Konferenz im Plenum



Gesprächsgruppen/Thementische

1. Migrant*innen und Geflüchtete organisieren sich

Die Gesprächsrunde bot den Teilnehmenden, darunter auch migrantischen Selbstorganisationen, den Raum für die Benennung von Mitgestaltungsmöglichkeiten. Der Fokus lag dabei auf den selbstbestimmten Freiräumen und Einflussbereichen innerhalb der Kommune. Dies betraf unterschiedlichste Gremien wie zum Beispiel den Migrantenbeirat, der allen Migrant*innen durch Wahlrecht und aktive Kandidatur offen steht.

Gesprächspartner*innen:

Diana Gonzalez Olivo (Vorsitzende des Migrantenbeirates),
Baghlani Hassibullah (Afghanischer Kulturverein e. V., i. Gr.)

Moderation:

Schirin Wiesand (Fachzentrum für Soziale Arbeit im Bereich Migration und Integration des ISA e. V.)

Protokoll:

Diana Gonzalez Olivo (Vorsitzende des Migrantenbeirates)

Inhalt

Der Workshop „Migrant*innen und Geflüchtete organisieren sich“ fand großes Interesse bei Menschen, die sich in Potsdam entweder als Einzelperson oder in Willkommensinitiativen bereits seit Jahren für Geflüchtete engagieren. Vertreten waren zudem etablierte und auch neue selbstorganisierte Migrantenorganisationen (MOs) aus Potsdam und Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung.

Bei einer kurzen Vorstellungsrunde wurden alle Teilnehmenden aufgefordert, kurz zu schildern, welches Interesse sie an diesem Workshop hatten.

Folgende Punkte wurden diesbezüglich genannt:

- Streetworker*innen/Sozialarbeiter*innen, die auch mit Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte arbeiten und mehr zum Thema wissen möchten,
- um Kontakte zu knüpfen,
- zur besseren Planung und Steuerung des Gesundheitsplans der LH Potsdam – auch ein Angebot für selbstorganisierte MOs,
- Netzwerke von MOs,
- mehr Wissen für die Beratung von MOs,
- Neugier von Menschen, die sich in Potsdam ehrenamtlich engagieren,
- hören, was die Bedarfe sind,
- Freiwilligendienst – mehr wissen über die Hürden, warum Jugendliche an solchen Organisationen nicht teilnehmen können. Welches sind die Hindernisse dafür?
- *Connection* und *Empowerment* von geflüchteten Menschen – besonders die LGBT-Community,
- Welches sind die Bedarfe und wie können wir diese decken?
- Interesse an der Arbeit von MOs,
- um Sport ins Gespräch zu bringen und weil nach Sportler*innen gesucht wird,
- KIBUZ-Beratung, auch bei der jüdischen Beratung in Cottbus,

- Stadterneuerung – Soziale Stadt am Schlaatz – für die Entwicklung,
- Umweltbereich – Forschungsprojekt – Welche sind die Bedarfe und warum werden bestimmte Angebote nicht so gut angenommen? – Zusammenarbeit mit *Refugees Emancipation*,
- Wie kann man beide Ansichten – deutsch und mit Migrations-/Fluchtgeschichte – verkoppeln, um Integration zu schaffen?

Im zweiten Schritt wurden rote und grüne Karten an die Teilnehmer*innen verteilt. Auf diese Karten sollte geschrieben werden:

- Grüne Karten – Was läuft in Potsdam gut?
- Rote Karten – Was brauchen Sie noch? / Was kann noch verbessert werden?

Die Karten wurden anschließend von jedem Teilnehmenden erklärt, in der großen Runde diskutiert und an der Pinnwand thematisch zugeordnet. Im Folgenden sind die Einträge der grünen und roten Karten in Stichpunkten zusammengefasst:

Grüne Karten:

Was läuft in Potsdam gut?

- Es gibt eine Systematik und Wertschätzung der Initiativen, die sich für Integration einsetzen, z. B. Integrationspreis der LH Potsdam.
- Es gibt das Toleranzedikt und das Integrationskonzept.
- Gutes Verhältnis zwischen Potsdamer*innen und Geflüchteten im Vergleich zu Eisenhüttenstadt.
- Die Willkommensklassen werden sehr positiv wahrgenommen (bei Vortragen dieses Punktes aber klarer Widerspruch von anderen Teilnehmenden der Themengruppe).
- Das Engagement der Potsdamer*innen für Geflüchtete war sehr gut aber es wird allmählich weniger.
- Jedes Kind hat einen Schulplatz.
- Die vorhandenen Projekte zur Integration sind größtenteils erfolgreich.
- Positive strukturelle und politische Voraussetzungen für die Integration.
- Streetworker*innen haben ein gutes, vorhandenes Netzwerk, um ihre Angebote positiv zu gestalten.
- In anderen Orten Brandenburgs sind die Hürden für die Integrationsarbeit wesentlich größer.
- Stärkung der Arbeit von anderen Organisationen, z. B. vom Migrant*innenbeirat der LH Potsdam.
- Potsdam ist eine multikulturelle Stadt.
- Viele Sportvereine engagieren sich für die Integration von Migrant*innen. Sport bietet einen sehr guten Einstieg, ist ein Türöffner und ein wichtiger Bestandteil der Integration.
- Sport als Möglichkeit, sich zu engagieren, um sich eine berufliche Qualifikation zu eröffnen.
- Angebot von Ehrenamtler*innen im Bildungsforum, um Deutsch zu lernen, wird als sehr positiv angesehen.

Rote Karten:

Was brauchen Sie noch? / Was kann noch verbessert werden?

- Integration – Verständnis von Integration wird immer wieder diskutiert, aber wo wollen wir als Gesellschaft hin?
- Willkommensblase als Austauschstudent in einer Gastfamilie?
Wie kann man auch andere internationale Gäste in Potsdam in Integrationsprojekten mitnehmen und wie können wir lernen, bewusster und umfassender mit dem Thema Integration umzugehen?
- Integration geschieht derzeit in einem Turbo-Tempo. Es besteht daher der Wunsch nach Entschleunigung in der Integrationsarbeit: Weniger Druck, weniger vorgegebene Programme, mehr Zeit und Raum zum Kennenlernen.
- Es gibt zu viele Angebote und daher werden diese von geflüchteten Menschen nicht immer wahrgenommen. Daher der Wunsch nach etwas weniger Programm und nach mehr Zeit zum Austausch.
- Wie können Bedarfe zum Ausdruck gebracht werden?
- Es ist sehr wichtig, Unterstützung zur Selbsthilfe anzubieten und nicht ständig eine Lösung für alles haben zu wollen.
- Zeit zur Selbstreflexion.
- Wertschätzung und Gleichheit von Potsdamer*innen und Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte.
- Integration – es fehlt etwas zwischen Theorie und Praxis –
Wir müssen verstehen, mit welchen Menschen wir zusammenarbeiten.
- Vergangenheit und Zukunft sind für geflüchtete Menschen nicht greifbar, sie befinden sich in der Mitte zweier Welten. – Wir sollten dies zulassen und anerkennen.
Den Menschen Zeit lassen, damit sie ihren Weg finden können.
- Unterschiedlichkeit des Prozesses verstehen und akzeptieren.
- mehr Diskussionen wie diese, um etwas tiefer über diese Themen diskutieren zu können.
- Aufklärungsarbeit in den Orientierungskursen ist nicht gut genug. Diese Angebote sollten angepasst werden. – Politik, LGBT, politisches Angebot, Wohnungssuche.

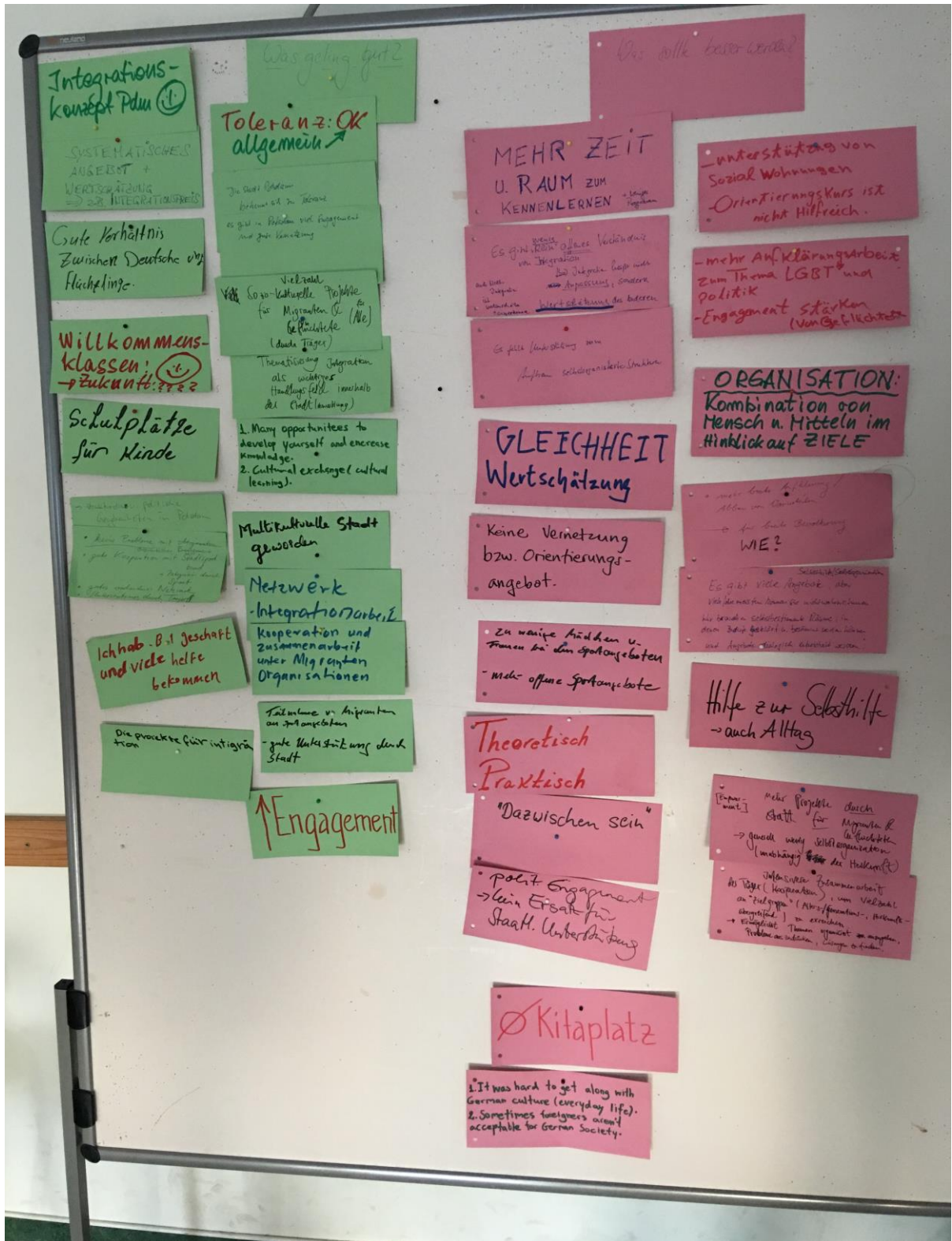
Fazit

Zu den wichtigsten Erkenntnissen aus diesem Workshop gehören zum einem der Wunsch nach etwas Entschleunigung im Integrationsprozess und nach mehr Zeit und Raum, damit Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte über ihre eigene Rolle in dieser Gesellschaft reflektieren und selber aktiv werden können.

Zum anderen gab es viel Gesprächsbedarf über den Grund dafür, dass vorhandene Angebote in Potsdam nicht immer so wie erwartet wahrgenommen werden.

Diese Diskussionsrunde war vor allem eine vielversprechende Annäherung von engagierten Potsdamer*innen und Vertreter*innen von selbstorganisierten MOs. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang war die Frage nach dem Sinn von selbstorganisierten MOs.:

Warum sollten wir uns organisieren? Wie profitieren wir als Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte von MOs? Wie profitiert die Gesellschaft, in der wir jetzt leben, davon? Hierzu sind die selbstorganisierten MOs gefragt und an diesem Punkt werden sie in der nächsten Zeit ansetzen.



Tafel zu Thementisch 1, Foto: Schirin Wiesand

2. Kultur in Potsdam – Ankommen und selbst gestalten

Diese Gesprächsrunde mit Kulturschaffenden Potsdams bot die Möglichkeit, eigene Erfahrungen zu schildern. Daraus konnten im Netzwerk oder innerhalb der eigenen Möglichkeiten fortführende Ideen entwickelt werden. Als Grundlage dienten Fragen wie die nach der Bedeutung der kulturellen Angebote beim Ankommen innerhalb der Potsdamer Stadtgesellschaft. Was trägt zum Wohlfühlen bei, was erleichtert es, sich innerhalb der neuen Umgebung selbst kulturell auszuleben?

Gesprächspartner*innen:

- Jihan Alam (Hand in Hand e. V.),
- Jala El-Jazairi (Mitglied des Potsdamer Migrantenbeirates,
Staudenhof Wohnungsverbund ZukunftsOrientierte Förderung e. V.)
- Christopher Hanf (Dramaturg, Hans-Otto-Theater Potsdam)

Moderation:

- Karin Kranhold (Leiterin des Regionalbüros Potsdam für die Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg),
- Christian Leonhardt (Projektleiter für Soziokultur, Waschhaus Potsdam)

Protokoll:

- Karin Kranhold (Leiterin des Regionalbüros Potsdam für die Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg),
- Christian Leonhardt (Projektleiter für Soziokultur, Waschhaus Potsdam)

Inhalt

Was wurde gehört?/Diskussionspunkte	Handlungsvorschläge
<p>Stellenwert der Kultur</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kulturelle Angebote sind als beiderseitige partizipative Bereicherung anzusehen, die den Zugezogenen die Möglichkeit aktiver und gleichberechtigter Teilhabe eröffnen können. • Angesicht zahlloser Alltagsprobleme ist Kultur aber durchaus auch ein Luxus. In der freien Zeit besteht ein verständliches Bedürfnis nach Familienersatz im kulturellen Kreis, der eigenen Sprache usw. • Gerade Kultur kann Sprachbarrieren überbrücken, oft ist hier auch eine intuitive Verständigung möglich. 	<ul style="list-style-type: none"> • Kultur sollte von allen Verantwortlichen auch als Freiraum verstanden werden, der Möglichkeiten jenseits von Lernerwartung, Pflichterfüllung und unmittelbarem Verwertbarkeitsdruck bietet. • Problem liegt im Info-Overload und möglichem Erwartungsdruck • Vorteile sind Spaß und Freude, auch gemeinsam mit der Familie. • In vielen Projekten erleichtern Essen und Musik den niederschweligen Zugang.
<p>Ermittlung der Interessen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wie lassen sich die tatsächlich vorhandenen Interessen der zugezogenen Menschen an kulturellen Angeboten ermitteln? • Ist das bestehende Angebot passend/ausreichend/übersichtlich/bekannt? 	<ul style="list-style-type: none"> • Könnte die Stadt eine Befragung von GU-Bewohner*innen anregen, um Bedürfnisse festzustellen? • Partizipation und Empowerment sind von grundlegender Bedeutung für die zukünftige Entwicklung.

<p>Kommunikationskanäle</p> <ul style="list-style-type: none"> • Auf welchem Wege erreichen Informationen über Angebote die Zielgruppe? • Die neue Datenschutzgrundverordnung ist grundsätzlich hinderlich in der Ansprache. 	<ul style="list-style-type: none"> • Statt textlastiger Informationen könnten YouTube-Filme zur Informationsübermittlung genutzt werden. • Eine verstärkte Nutzung der internen Vernetzung der Communities ist anzustreben (private Netzwerke). • Geduld ist nötig, eine Vertrauensbasis wichtig. • Geplantes Portal der Stadt Potsdam wurde begrüßt (Bitte so gestalten, dass kulturelle Angebote nicht unter dem Punkt „Sprachvermittlung“ eingegliedert werden).
<p>Zugangsprobleme zu kulturellen Angeboten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Infrastruktur ist häufig so schlecht, dass z. B. Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften keine Möglichkeit haben, Angebote überhaupt wahrzunehmen. • Sprachbarrieren bestehen besonders bei älteren Menschen, die sich zurückziehen und abseits der Gesellschaft leben. 	<ul style="list-style-type: none"> • Welcome-Kulturpaket der Stadt anbieten • Tandem-Lernen und Nachbarschaftsprojekte stärken • Insbesondere für ältere Menschen grundsätzlich mehr Zeit für den Spracherwerb einräumen. • Gesonderte Sprachkurse für Ältere oder Senior*innen anbieten.

Fazit

Nach Meinung fast aller Sprecher*innen der Gruppe ist eine entscheidende Schwierigkeit die Ansprache der Zielgruppe. Oft wird diese nicht direkt erreicht. Hindernisse sind z. B. die neue Datenschutzgrundverordnung oder kulturelle Unterschiede in der Verbindlichkeit. Auch ein Überangebot, das inhaltlich zu hohe Erwartungen setzt, wurde benannt. Menschen, die gerade in Potsdam ankommen, suchen einen entspannenden, sicheren Hafen zum bloßen Sein, zum Ausleben. Oft reichen schon eine angenehme Atmosphäre und andere Menschen. Zudem sei es schwer herauszufinden, welches kulturelle Angebot tatsächlich erwünscht sei. Als kultureller Unterschied wurde erläutert, dass von Seiten der Geflüchteten mitunter Zusagen zu Veranstaltungen oder ähnlichem gegeben werden, um das Gegenüber nicht zu enttäuschen. Diese Zusage garantiert dann nicht unbedingt die Teilnahme. Zudem wurde die deutsche Kultur, die Kultur der Zwischenmenschlichkeit, als eher kühl beschrieben. Es sei erst einmal schwer, Kontakte zu knüpfen, gerade in der Nachbarschaft. An dieser Stelle wird mehr interkulturelle/nachbarschaftliche Quartiersarbeit empfohlen. Hier wird in kleineren sozialen Kreisen gedacht, als es z. B. die Angebote von Häusern wie dem Hans-Otto-Theater oder dem Waschhaus Potsdam leisten können.

Ganz klar wurde auch, dass eine Eins-zu-Eins-Tandem-Situation die am besten geeignete Methode sei, den Angekommenen Unterstützung zu bieten. Durch persönliche Beziehungen und Vertrauen können Sachverhalte (Angebote) einfacher erschlossen werden.

Als Kommunikationskanal für Angebote, Förderprogramme usw. wurde die Vermittlung durch audiovisuelle Medien, z. B. Videos auf Plattformen wie YouTube, angeregt. Oft reichen ein paar Minuten, um einen Sachverhalt anschaulich zu verdeutlichen. Mit einer anregenden Musik unterlegt, lässt sich ein Formular für Unterstützung schon viel leichter verstehen.

3. Arbeitsmarkt

Einen guten Job finden und Geld verdienen – das ist das Ziel vieler Migrant*innen in Potsdam. Aber viele von ihnen haben bisher keine Arbeit gefunden. Welche konkrete Unterstützung brauchen Migrant*innen bei der Jobsuche? Gibt es Jobs in Potsdam und Umgebung, die auch mit geringen Deutschkenntnissen und ohne Berufsabschluss ausgeübt werden können? Ist die Gründung eines eigenen Unternehmens eine berufliche Alternative?

Gesprächspartner*innen:

Jenny Andresen (Klinikum Ernst von Bergmann),
Bernhard Fricke (Flüchtlingspfarrer, Evangelischer Kirchenkreis Potsdam),
Gertje von Holz (Start-Up Your Future, Wirtschaftsunioren Deutschland),
Uta Meng (Bereich Wirtschaftsförderung, Landeshauptstadt Potsdam),
Holger Münster (Projekt Willkommenslotsen, Handwerkskammer Potsdam),
Gudrun Sacher-Göritz (Jobcenter Potsdam),
Andrea Strauß (Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung,
Landeshauptstadt Potsdam),
Fadi Sujaa (Mosaikstein e. V.)

Moderation:

Patricia Redzewsky (RAA Brandenburg)

Protokoll:

Uta Meng (Bereich Wirtschaftsförderung, Landeshauptstadt Potsdam)



Arbeitsgruppe zu Thementisch 3

Inhalt

Wichtige allgemeine Aussagen der Teilnehmenden

Das Hauptaugenmerk dieser Runde richtete sich auf die Motivation der Potsdamer Migrant*innen. Diese haben oftmals den Wunsch, schnell auf den Arbeitsmarkt zu gelangen und besitzen dafür das Bewusstsein, dass Sprachkenntnisse ein entscheidender Schlüssel für den Zugang sein können. Auch die Unternehmen zeigen die Bereitschaft, Migrant*innen als Mitarbeiter*innen einzustellen. Oft braucht es jedoch eine sogenannte „kulturelle Übersetzung“, um das System in Deutschland zu verstehen.

Es gibt viele Regeln, die weltweit einzigartig sind, z. B. die Bedeutung einer Berufsausbildung oder das Vorhandensein einer besonderen Qualifikation, um eine bestimmte Tätigkeit ausüben zu dürfen. Ein Beispiel: Ein Friseur braucht in Deutschland für die Eröffnung eines eigenen Salons einen Meistertitel. Zehn Jahre Berufserfahrung in einem Barbiershop in Syrien reichen dafür nicht automatisch aus.

Auch die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Berufserfahrung ist sehr kompliziert. Die Migrant*innen müssen oft mehr Geduld haben. Aber gerade dabei besteht die Gefahr der Demotivation bei der Anbahnung einer Arbeit. Wirklich erfolgreich ist Arbeitsmarktintegration jedoch erst dort, wo beide Seiten aufmerksam dabei sind. So können Unternehmen Patenschaften oder Mentorenschaften anbieten, Migrant*innen können einander helfen. Auch die Rolle des Ehrenamtes kann die Arbeitsmarktintegration befördern. Positive Beispiele sollten dann auch besser kommuniziert werden.

Beratung

Eine persönliche Beratung ist notwendig, die individuell auf die aktuelle Situation der jeweiligen Migrant*innen zugeschnitten ist. Verbunden sein sollte das mit einer konkreten Aussage, welches Angebot in der jeweiligen aktuellen Situation tatsächlich hilft.

Eine regelmäßige und intensive Vernetzung von wichtigen Institutionen, die Unterstützung anbieten können, ist notwendig. Obwohl diese Forderung schon länger laut wurde, gibt es bisher hierbei keine Lösungen.

Jobcenter Potsdam

Das Jobcenter Potsdam ist ein wichtiger Ansprechpartner mit zentraler Bedeutung für die Arbeitsmarktintegration von Migrant*innen. Es leistet aber nicht das, was es leisten könnte. Die Migrant*innen erhalten dort oft nicht die Infos zu Maßnahmen, die wirklich zu ihnen passen; sie sind deshalb oft frustriert. Die Mitarbeiter*innen des Jobcenters sind nicht ausreichend über die zahlreichen, bestehenden Unterstützungsangebote in der Stadt informiert, es fehlt der Überblick. Deshalb ist eine regelmäßige Information der Mitarbeitenden über alle aktuellen Projekte für die Arbeitsmarktintegration notwendig.

Beide Beratungsseiten, Mitarbeiter*innen des Jobcenters Potsdam auf der einen und die arbeitssuchenden Migrant*innen auf der anderen Seite, brauchen deshalb Unterstützung. Wichtig ist, an die Zielgruppe nicht irgendwelche Jobs zu vermitteln, sondern der individuellen Qualifikation angemessene.

Bedeutung der Sprache für die Arbeitsmarktintegration

Es besteht der Wunsch der Migrant*innen – insbesondere der Geflüchteten – nach den Integrationskursen, die deutsche Sprache während der Arbeit zu lernen. Aber die Unternehmen bestehen auf guten Kenntnissen der deutschen Sprache (mindestens B1), weil sie für die Ausübung der beruflichen Tätigkeit, für die Kommunikation mit den Kolleg*innen und den Kund*innen wichtig und oft zwingend erforderlich sind.

Eine Vertreterin des Klinikums „Ernst von Bergmann“ erläuterte ein positives Beispiel, unter welchen Bedingungen eine Ausländerin von einer Pflegehelferin mit berufsbegleitendem Sprachunterricht zu einem anerkannten Berufsabschluss in Deutschland kommen kann.

Gründung/Berufliche Selbständigkeit

Es gibt im Land Brandenburg sehr gute Unterstützungsangebote für Migrant*innen, die ein eigenes Unternehmen gründen wollen sowie für bestehende Unternehmen, deren Inhaber*innen Migrationshintergrund haben.

Die Projektträger kennen sich und ihre Angebote sehr gut und sind miteinander vernetzt.

Viele Migrant*innen kennen diese Projekte jedoch noch nicht. Hier müssen verbesserte Kommunikationsstrategien entwickelt werden. Wichtig ist, den Migrant*innen aufmerksam zuzuhören, wenn sie ihre Gründungsideen vorstellen.

Viele Migrant*innen beginnen einfach eine selbständige Tätigkeit in Deutschland, ohne sich mit den Regeln auseinanderzusetzen (z. B. Steuern, Genehmigungen, Formalitäten).

Die Probleme beginnen dann meist in den ersten Monaten und Jahren nach der Gründung.

Fazit

Für alle gilt: Der Zugang zum Arbeitsmarkt bedarf einer individuellen Flankierung aus Beratung und Fördermitteln. Hierfür müssen aber zum einen passende Fördermittel angeboten werden, zum anderen müssen die beratenden Institutionen Kenntnis von den Angeboten haben. Beides ist sehr oft nicht der Fall. Dadurch entstehen für die Berufseinsteigenden frustrierende Erfahrungen. Im schlechten Fall geht vollständig die Motivation verloren, sich dem Arbeitsmarkt zu stellen und damit für den Lebensunterhalt selbst aufzukommen.

Eine genauere Abstimmung der Förderangebote verschiedener Anbieter, beispielsweise dem Jobcenter und der Stadtverwaltung, ist dringend notwendig. Dieses muss dann auch allen Beteiligten bekannt sein und passgerecht angewandt werden. Wo Maßnahmen scheinbar nur dem Selbstzweck dienen und unsinnige Förderinstrumente nicht die von Arbeitssuchenden erhofften Fortschritte erbringen, kann eine Stagnation im Integrationsprozess die Folge sein.

Auch der Weg in die berufliche Selbständigkeit ist in Deutschland sehr risikobehaftet.

Der Einstieg in das eigene Unternehmen ist in Deutschland nicht intuitiv mit Fehlern und Fehlerkorrektur möglich, sondern bedarf einer guten Beratung im Vorfeld und einer intensiven Vorbereitung.

Grundsätzlich sind Migrant*innen wie Unternehmer*innen bereit, Kompromisse für ein gemeinsames Beschäftigungsverhältnis einzugehen. Wo Regelwerke, Anerkennungen und Abläufe erstarrt und wenig flexibel sind, erschwert das ein erfolgreiches Zusammenkommen. Ein für Deutsche gelegentlich unverständlicher Ablauf wirkt auf Migrant*innen mindestens genauso undurchdringbar. Erschwerend kommt hinzu, dass das deutsche System aus Anerkennungen von Abschlüssen oder dem Erwerb neuer Qualifikationen in vielen Punkten einmalig ist, was den Erklärungsbedarf für Zuziehende aus dem Ausland umso mehr erhöht. Grundsätzlich wird ein enormes Potenzial für zukünftige Verbesserungen gesehen.

4. Ausbildung und Studium

Die Teilnehmenden legten dar, welche Strukturen und Unterstützungsmöglichkeiten es bereits gibt und wie diese die Zielgruppe erreichen können.

Gesprächspartner*innen:

Asuman Jakupovic (Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung, Landeshauptstadt Potsdam),
Vera Kirchesch (Beratungsstelle „HERE! – Higher education for refugees!“, Fachhochschule Potsdam),
Kirsten Mantho (Berufsberatung, Agentur für Arbeit Potsdam),
Yvonne Meyer (Welcome Integration Network, Industrie- und Handelskammer Potsdam),
Heike Roth (Beratungsstelle „HERE! – Higher education for refugees!“, Fachhochschule Potsdam),
Manja Schönrogge (Projekt Willkommenslotsen, Handwerkskammer Potsdam),
Robert Westphal (Gesundheitsakademie, Klinikum Ernst von Bergmann Potsdam)

Moderation:

Joanna Rendelmann (RAA Brandenburg)

Protokoll:

Yvonne Meyer (Welcome Integration Network, Industrie- und Handelskammer Potsdam)



Arbeitsgruppe zu Thementisch 4

Inhalt

Es wurde der Wunsch nach besserer Vernetzung der Multiplikatoren untereinander und eines niedrighschwelligem Zugangs für Geflüchtete zu Informationen geäußert. In einer zu schaffenden gemeinsamen Plattform könnte über private und institutionelle Angebote für Geflüchtete informiert werden. Geflüchteten soll darin die Möglichkeit gegeben werden, auch nach den Sprachkursen am Nachmittag Deutsch sprechen zu können (z. B. in Vereinen etc.). Bei den Teilnehmenden mit Migrationshintergrund waren Fragen nach dem Ablauf der Ausbildung, dem Zugang zum Studium und aufenthaltsrechtliche Fragen vorrangig. So z. B., ob es möglich ist, eine Ausbildung zu beginnen, wenn man nur eine Aufenthaltsgenehmigung für sechs Monate besitzt.

Es wird die Forderung nach Kostenübernahme für C1-Sprachkurse mit Zugang zur Hochschule gestellt. Das BAMF übernimmt nur die Kosten für den allgemeinen Sprachkurs C1. Dieser reicht als Zugangsvoraussetzung zum Studium jedoch nicht aus.

Außerdem besteht unter den Teilnehmenden dieses Themenbereiches der Wunsch, sich nach einer bestimmten Zeit wieder zu treffen und auszutauschen.

Fazit

Von den anwesenden Geflüchteten wurde der Wunsch nach einer besseren Vernetzung und einem niedrighschwelligem Zugang zu Informationen benannt. Auch ist der Wunsch vorhanden, außerhalb der Sprachkurse Deutsch zu sprechen.

Fragen nach dem Ablauf der Ausbildung und des Zugangs zum Studium wurden mit der Frage verknüpft, ob es für Sprachkurse, die für ein Hochschulstudium erforderlich sind, eine Fördermöglichkeit gibt.

Der Wunsch nach weiterem Austausch der Teilnehmenden wurde ebenfalls benannt.

5. Übergang aus dem zweijährigen Bildungsgang "Berufsfachschule Grundbildung Plus (BFS-G-Plus)" an den Oberstufenzentren in die Ausbildung

Am Thementisch "Übergang BFS-G-Plus in die Ausbildung" wurde die spezifische Problematik der jungen Geflüchteten diskutiert, die den zweijährigen Bildungsgang "Berufsfachschule Grundbildung Plus" an den Oberstufenzentren besuchen.

Wie kann der Übergang in eine Ausbildung gestaltet werden? Welche Maßnahmen helfen hier bereits oder fehlen noch? Wie kann der Bildungsgang von Anfang an besser ausgerichtet oder begleitet werden, um einen besseren Sprachstand und damit bessere Anschlussperspektiven zu erreichen?

Gesprächspartner*innen:

Kerstin Conrad (Lokale Koordinierungsstelle "Türöffner: Zukunft-Beruf",
Landeshauptstadt Potsdam),
Thea Djawid (Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte),
Annette Merker (Oberstufenzentrum I Potsdam),
Farhan Yabroudi (Welcome Integration Network, Industrie- und Handelskammer
Potsdam)

Moderation:

Carla Vollert (RAA Brandenburg)

Protokoll:

Kerstin Conrad (Lokale Koordinierungsstelle "Türöffner: Zukunft-Beruf",
Landeshauptstadt Potsdam)

Teilnehmerzahl:

22 Personen, davon 5 Schüler*innen bzw. Absolvent*innen des Bildungsganges „BFS-G-Plus“ der Potsdamer Oberstufenzentren I und II sowie Vertreter*innen von Jugendamt, Vormund/Betreuer, VHS, Jugendhilfe, Jugendmigrationsdienst, Lehrkräfte der OSZs, Forschungsinstitut Berufliche Bildung, Lokale Koordinierungsstelle „Türöffner: Zukunft Beruf“, RAA Brandenburg, Bildungskoordination Neuzugewanderte, Welcome Integration Network der IHK Potsdam, Refugee Teachers-Uni Potsdam, Urania Schulhaus GmbH Potsdam, Song Hong e. V., Ehrenamtliche

Inhalt

Als wichtigster Punkt wurde in dieser Themengruppe die Sprachkenntnis definiert, hieran führe kein Weg vorbei. Dabei sind auch Fachbegriffe ein Problem. Daher sollte der Deutschunterricht mehr auf Fachbegriffe der Ausbildung ausgerichtet werden. Auf praktische Erfahrungen konnte verwiesen werden. Die Beurteilung nach zwei Jahren am OSZ II lautet: Qualitativ ist der Deutschunterricht gut, in der Quantität aber absolut mangelhaft. Statt acht Wochenstunden Deutschunterricht werden 20–25 Stunden als Bedarf gesehen. Die Lehrerin war freundlich und gut. Auch mit einem Theaterprojekt wurden gute Erfahrungen gesammelt, weil es den Kontakt zu deutschen Jugendlichen erleichterte und die Sprachkenntnisse verbesserte. Kontakt und Freundschaften zu gleichaltrigen Deutschen fanden die befragten Absolvent*innen/Schüler*innen über das erwähnte Theaterprojekt sowie das Fußballspielen beim FFC Turbine Potsdam. Soweit die Schüler*innen als unbegleitete minderjährige Geflüchtete nach Potsdam gekommen sind, besteht bei diesen oft noch ein guter Kontakt zu ihrem früheren Vormund.

Grundsätzlich ist Kontakt mit Deutschen sehr wichtig für die Integration und wird durch die Geflüchteten auch angefragt. Hierbei gibt es in der Unterstützung durch Ehrenamtliche sowie die Einbindung in deutsche Familien positive Erfahrungen. Homogene Flüchtlingsklassen dagegen isolieren die Jugendlichen in der Schule und im Freizeitbereich von deutschen Mitschüler*innen. Dies führt zu einem sehr unterschiedlichen Sprachniveau innerhalb der Schulklassen. Leistungsstarke Schüler*innen werden so ausgebremst.

Der Einstufungstest an der Volkshochschule verdeutlichte bei den „BFS-G-Plus“-Absolvent*innen auch ein sehr differenziertes Bildungsniveau von Schüler*innen, die nicht alphabetisiert sind bis zu Schüler*innen mit Abiturniveau. Bemängelt wurde die fehlende Flexibilität von Institutionen bezüglich der Anforderungen (z. B. bei den Aus-/Bildungsstätten). Nichtdeutschen erschließt sich nicht automatisch, was von Deutschen scheinbar selbstverständlich gefordert wird. Bemängelt wurde die fehlende Unterstützung durch die Politik, die kein Interesse an einer Änderung der bestehenden Situation erkennen lässt. So habe das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) die Empfehlungen der BUSG*-Berater*innen bei der Verordnung zur Änderung der Berufsbildungsverordnung vom 4. September 2018 nicht berücksichtigt.

In Brandenburg gibt es keine geregelte Ausbildung für Berufsschullehrer*innen. Ohne Fortbildungen zu DaF/DaZ* wird die Umsetzung der fächerübergreifenden Sprachbildung erschwert. Es gibt zwar Dank des besonderen Engagements zuständiger Lehrkräfte auch positive Ergebnisse und Erfolge, insgesamt wird das Konzept „BFS-G-Plus“ aber infrage gestellt. Für die Lehrkräfte zeigen sich nach drei Jahren eindeutig die Möglichkeiten und Grenzen des Bildungsganges „BFS-G-Plus“.

Auch der unsichere Aufenthaltsstatus belastet die Jugendlichen und führt häufig trotz mangelnder Deutschkenntnisse bzw. Ausbildungsreife zum voreiligen Übergang in die Ausbildung und damit in den vermeintlichen Schutz der Ausbildungsduldung. Probleme in der Ausbildung sind daher vorprogrammiert, bis hin zu Ausbildungsabbrüchen.

Die Einstiegsqualifizierung ist in diesem Zusammenhang aber kein Wundermittel und ihr Einsatz nur begrenzt sinnvoll.

Jugendliche würden gerne auch Ferienjobs ausüben – rechtlich sei dies aber nicht immer möglich. Die resultierende Unzufriedenheit über bestehende diverse Hemmnisse auf Seiten der Schüler*innen wird dann durch fehlende Motivation und Disziplinschwierigkeiten deutlich.

Aus diesen Erfahrungen resultieren Forderungen aus der Themengruppe: Bei „BFS-G-Plus“ müsste ein mindestens 6-monatiger bis 12-monatiger Deutschkurs vorgeschaltet werden. Schüler*innen sollten in „BFS-G-Plus“ nur aufgenommen werden, wenn sie über ein bestimmtes Sprachniveau verfügen. Das Konzept „BFS-G-Plus“ müsste reformiert werden. Der Anteil an Deutschstunden muss deutlich erhöht werden! Gleichzeitig bedarf es rechtskreisübergreifender Regularien, um Förderinstrumente effektiver einsetzen zu können.

* Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen und Schulaufsicht

* DaF/DaZ – Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache

Ergebnis der direkten Visualisierung (grüne und rote Moderationskarten)

Negativ (bzw. was fehlt?)		Empfehlungen/Forderungen (statt positiv)
Konzept „BFS-G-Plus“ ???		
Desinteresse der Politik	>	Bündelung der Kräfte (rechtskreis- übergreifend)
Deutschkurs vor „BFS-G-Plus“ zu wenige Deutschstunden	>	6–12 Monate vorgeschalteter Deutschkurs 1. Jahr: höherer Deutschanteil 2. Jahr: langsam mehr Fachunterricht gut ausgebildete DaF/DaZ-Lehrkräfte
mehr Fachsprache im Deutsch- unterricht		
komplizierte Fachsprache		Lehrerbildung DaF/DaZ-Kompetenzen
Heterogene Gruppen (unterschiedliche Lernniveaus)	>	Einteilung der Klassen nach Niveau
zu späte Tests auf Alphabetisierung		Eingangstest Sprachniveau/Alphabetisierung
reine Flüchtlingsgruppen	>	Kontakt zu Deutschen
keine Kontaktmöglichkeiten mit Deutschen		Patenschaften/Anbindung/Hilfe
zu wenige Tandems/Patenschaften		
unsicherer Aufenthaltsstatus	>	Ausbildungsduldung auf EQ*/„BFS-G- Plus“ erweitern
bessere Vorbereitung auf Berufsschule schlechte Noten z. B. in Biologie wegen der Rechtschreibung	>	vorgeschaltete Fachsprache individuelle Förderpläne
zu wenig Verständnis/Sensibilität für Bedürfnisse an Berufsschulen vorhanden		flexible Institutionen
mehr sowie bessere Vorbereitung und Förderung nötig		Anschließende EQ mit parallelem Sprachkurs
Ausbildungsabbrüche (aufgrund fehlender Ausbildungsreife bzw. unzureichender Vorbereitung)		(L)ASA stärken*
		Zeitmanagement (Kurse)
Motivation wird ausgebremst, Enttäuschungen		
Möglichkeiten für Ferienjobs		

* EQ – Einstiegsqualifikation: Ein der Berufsausbildung vorgeschaltetes Förderprogramm

* (L)ASA – Programm „Assistierte Ausbildung Brandenburg“

Fazit

Auf den Lernerfolg hatte die Lehrerin sowie ein Theaterprojekt, das Kontakt zu Deutschen vermittelte, positiven Einfluss.

Negativ wirke sich jedoch aus, dass nur geflüchtete Schüler*innen in den Klassen sind. Grundsätzlich bestehe zu wenig Kontakt zu Deutschen und wird auch nicht ermöglicht.

Eine sehr heterogene Belegung der Klassen mit Nicht-Alphabetisierten gemeinsam mit Lernstarken behindere Lernerfolge. Es gibt zu wenige Deutschstunden, zu wenig Fachsprache in den „BFS-G-Plus“-Klassen und eine schlechte Vorbereitung auf „BFS-G-Plus“ und auf die Ausbildung (z. B. in Form von Deutschkursen). Das führt zu Frust und Wut wegen des Desinteresses seitens der Politik. Immerhin gibt es eine neue Verordnung vom MBS, jedoch wurden die bereits häufiger genannten Kritikpunkte bisher nicht einbezogen.



Arbeitsgruppe zu Thementisch 5

Empfehlungen/Forderungen

Vor Beginn der „BFS-G-Plus“-Kurse müssen ein Alphabetisierungstest sowie eine Sprachstandfeststellung stehen. Sowohl im Vorlauf als auch begleitend muss der Deutschanteil im Bildungsgang deutlich verstärkt werden. Eine Festigung der Sprachkenntnisse wird durch Kontakt zu Deutschen, Patenschaften und Tandems erreicht. Die eingebundenen Institutionen müssen flexibler arbeiten, um auch rechtskreisübergreifend Kräfte zu bündeln und individuelle Förderpläne zu erstellen.

Begleitend zur Ausbildung sollten Fachsprach-Kurse angeboten werden, die Lehrkräfte brauchen dafür selbst Kenntnisse zu DaF/DaZ. Hierzu bedarf es jedoch auf höheren politischen Ebenen eines Umdenkens. So sollte die Ausbildungsduldung auch auf Übergangszeiten erweitert werden, z. B. EQ, Fachsprachkurse und vorbereitende Praktika.

Nachtrag nach der Integrationskonferenz von Frau Merker (BUSS-Beraterin und Lehrkraft am OSZ I)

Rahmenbedingungen müssen sich ändern!

1. **Sprachkurs A1 und A2 vor dem zweijährigen Bildungsgang „BFS-G-Plus“** mit Zertifikat A2; Kooperation mit einem BAMF-Kursträger
 2. Eingangssprachtest vor „BFS-G-Plus“: **Eingangsniveau A2 (GER) muss gewährleistet sein!**
 3. **kleine Klassen mit homogenem Sprachniveau**
 4. nach einem Monat Schule kein späterer Eintritt von Schüler*innen in die gebildeten Klassen mehr möglich
 5. **zusätzliche Förderstunden an den Nachmittagen in Deutsch und Mathe in der Schule anbieten** (die Schüler*innen haben mitunter um 11.30 Uhr Schulschluss!)
 6. **Mehr für den Bildungsgang qualifizierte und geeignete Lehrkräfte einplanen: DaF/DaZ-Lehrer*innen anstellen.**
 7. **Änderung der Stundentafel „BFS-G-Plus“: Erhöhung der Deutschstunden vor allem im 1. Jahr von 8 auf 16 Stunden und im 2. Jahr von 8 auf 12 Stunden.** Restliche Stunden jeweils für die anderen Fächer; Achtung: Mathe muss in beiden Jahren intensiv betrieben werden, WiSo kann auch erst im 2. Jahr beginnen.
 8. **Im 2. Jahr „BFS-G-Plus“ auf jeden Fall Computerunterricht im Rahmen des Berufsorientierungs-Unterrichts (BO)**, sodass die Schüler*innen auch später im Berufsinformationszentrum (BIZ) die Programme bedienen können.
 9. **Im 2. Jahr „BFS-G-Plus“ enge Zusammenarbeit mit Jugendämtern, Jugendberufsagenturen/Willkommenslotsen der Handwerkskammer und IHK, Ausbildungsbetrieben, etc. ...**
Das machen wir als OSZ I Technik Potsdam schon sehr intensiv, es klappt super!
 10. **Schaffung einer täglichen deutschen Sprachumgebung** an den Nachmittagen: Sprachtandems, **Wohnen bei deutschen Gastfamilien, die ein Zimmer frei haben**, Förderkurse, Sportvereine, Theaterprojekte, mit gleichaltrigen Deutschen **Projekte von „Türöffner“ nutzen!**
 11. Möglichkeiten von **Praktika in den Brandenburger Schulferien**, damit sie die gelernten Deutschkenntnisse auch praktisch anwenden können und nicht diese für den Spracherwerb fatale Pause von bis zu sechs Wochen haben und dadurch die Hälfte des Wortschatzes wieder vergessen haben.
 12. **Fortbildung** der Lehrkräfte zu folgenden Themen: sprachsensibler Unterricht, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Interkulturelle Kommunikation.
Die RAA wird ab 2019 zu Letzterem etwas anbieten, und zwar auch an den Oberstufenzentren, habe ich gestern erfahren.
Wir vier BUSS-Beraterinnen bieten auch regelmäßig zu diesen Themen Fortbildungen an.
- Mit diesem ganzheitlichen Konzept könnten einige Schüler*innen sogar mit B2 abschließen, was die Ausbildungsbetriebe ja eigentlich fordern.
 - EQ oder Praktika nach dem Erwerb der Berufsbildungsreife (BBR) wären dann mit den Fachsprachkursen/Berufssprache zu flankieren.

6. Schule und lokales Umfeld als Lern- und Lebensraum

Die unmittelbare Lebenswelt bzw. das direkte Wohnumfeld spielt eine wichtige Rolle, ob Integrationsprozesse positiv verlaufen oder nicht. Insbesondere Schule ist für Menschen mit Migrationshintergrund ein wichtiger Ort der Integration.

In der Gesprächsgruppe wurde erörtert, wie in der Schule und in umliegenden Einrichtungen Kinder, Jugendliche und ihre Familien optimal unterstützt werden können.

Gesprächspartner*innen:

Karin Juhász (Bereich Stadterneuerung, Landeshauptstadt Potsdam)
Dr. Jutta Laukart (Bildungsmanagement, Landeshauptstadt Potsdam)

Moderation:

Waltraud Eckert-König (RAA Potsdam)

Protokoll:

Karin Juhász (Bereich Stadterneuerung, Landeshauptstadt Potsdam)
Dr. Jutta Laukart (Bildungsmanagement, Landeshauptstadt Potsdam)

Inhalt

Was wurde gehört?

Die Kommunikation mit den Familien ist schwierig.

Der Kontakt zu den Flüchtlingen bricht ab, wenn sie aus den Gemeinschaftsunterkünften in Wohnungen ziehen.

Am ehesten gelingt es, Frauen anzusprechen.

- Hierbei wäre es sinnvoll, das bereits vorliegende Konzept der „Stadtteilmütter“ umzusetzen.

Positive Beispiele:

Quartiere aufwerten durch eigene Aktivitäten.

Beispiel Fontaneoberschule Waldstadt II:

- Jugendliche mit muslimischem Hintergrund fallen zusammen mit deutschen Jugendlichen einen Weihnachtsbaum und stellen ihn auf. Sie feiern gemeinsam die Adventszeit und lernen auf diese Weise die deutsche Tradition kennen.

Beispiel Stadtteilschule Drewitz:

- Räumliche Nähe im Stadtteil ist wichtig, kurze Distanzen erleichtern die Kommunikation und das Miteinander.
So gelingt es, kooperativ zusammenzuarbeiten und die Lehrer*innen erreichen über die Kinder dann auch deren Eltern besser.

Ansprache in der eigenen Muttersprache (durch Übersetzer bzw. Kulturmittler) ist in Teilen erfolgreich, wird aber zum Teil als bedrohlich erlebt (Angst vor Abschiebung). Sensible Kommunikation ist erforderlich. Der im städtischen Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit benannte Aspekt, Stadtteilzentren als Teil der sozialen Arbeit bzw. in der Zuständigkeit im Bereich Soziales zu sehen, wird positiv bewertet.

Negatives:

In den Schulen gibt es keine ständigen Ansprechpartner*innen für Integration. Personelle Ressourcen zur Integration an Schulen sind nicht ausreichend. Das Personal ist befristet und häufig überlastet, was zur Fluktuation führt. Die erforderliche Kontinuität für die Sozialarbeit kann damit nicht abgesichert werden.

Die Beratung innerhalb der Schulen gestaltet sich schwierig, weil sich weiterführende Angebote nicht über ein zentrales Portal recherchieren lassen – es gibt keinen Überblick über die Angebote. Die Angebote müssten mehr auf den Bedarf der Zielgruppe zugeschnitten sein.

Die Nachfrager müssten ihre Bedarfe allerdings mehr als bisher selbst artikulieren.

Zeitlich befristete und ggf. bewährte Projekte haben den Nachteil, dass eine Verstetigung nach Ablauf nicht möglich ist, was oft zu Frust führt.

Bei der Zielgruppe mangelt es häufig an finanziellen Ressourcen bzw. Wissen. Die Jugendlichen können es sich nicht leisten, entsprechende Angebote wahrzunehmen, weil die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr für sie zu hoch sind. Ein kostenloses Ticket für den ÖPNV für Jugendliche wäre hilfreich.

Der bürokratische Aufwand für entsprechende Anträge ist sehr hoch. Die Eltern haben Alltagsorgen, kennen das deutsche Bildungssystem nicht oder nicht gut genug und können somit ihre Kinder nicht bzw. wenig bei der Schullaufbahnplanung unterstützen.

Die Anerkennung für die außerschulische Jugendbildung fehlt – das ist keine Kooperation auf Augenhöhe.

Das Denken in Zuständigkeiten ist ausgeprägt, die Zusammenarbeit mit den staatlichen Schulämtern und/oder Schulen wird als schwierig erlebt. Gleiches gilt für die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Stadt (Schulsozialarbeiter*innen, Hausmeister*innen, Schulgebäude und Ausstattung) und des Landes (Lehrerschaft, Lehrprogramm).

Schule muss zukünftig mehr als Teil der Stadt(teil)entwicklungskonzepte gedacht werden.

Fazit

Gerade bei geflüchteten Minderjährigen kann sich mit Änderung des Aufenthaltsstatus schnell auch der Wohnsitz ändern. Die umso mehr für Kinder und Jugendliche wichtige Kontinuität bei Ansprechpartner*innen kann bei Wegzug aus dem vertrauten Umfeld heraus nicht gewährleistet werden. Latent mitschwingende Angst vor der eigenen Abschiebung drückt auf die Leistungsfähigkeit und mindert die eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zusätzlich.

Durch kulturelle Distanz und Vorbehalte ist es ebenso schwer, in die Familien der Schüler*innen hineinzuwirken. Hier besteht bei ausbleibender Kontinuität in der Beratung die Gefahr, die Schüler*innen höchstens ruhigzustellen, anstatt auf ihre individuellen Bedarfe einzugehen und sie innerhalb der Strukturen durch Förderung einzubinden.

Wo Migrant*innen unabhängig von ihrer individuellen Leistungsfähigkeit alle gemeinsam in einer Sonder-Klasse untergebracht werden, führt das zu einer gesellschaftlichen Isolation. Integration kann nur durch angemessene Förderung des individuellen Leistungsniveaus, den schnellstmöglichen sozialen Kontakt mit Deutschen und ausreichende qualitativ hochwertige Sprachkurse gelingen.

In der Politik müsste dafür aber die Bereitschaft erkennbar werden, auf eingebrachte Änderungsvorschläge zu reagieren. Solange Institutionen und Behörden nicht ganzheitlich und über die eigenen Zuständigkeiten hinaus denken, werden auch vorhandene Möglichkeiten oft noch ihr Ziel verfehlen.



Arbeitsgruppe zu Thementisch 6

Markt der Ideen/Tafeln „Leben in Potsdam“

Der „Markt der Ideen“ lud zum Kennenlernen von 15 Potsdamer Projekten mit integrationsunterstützenden Angeboten ein. Hier präsentierten sich an verschiedenen Stehtischen unterschiedliche Initiativen, die sich vor allem an Migrant*innen und Geflüchtete richteten. Folgende Projekte waren an den Stehtischen anzutreffen:

- **Ankommen in Potsdam** der AWO Potsdam (Katja Haferkorn)
- **Autonomes Frauenzentrum Potsdam e. V.** (Nouria Asfaha, Heike Kottwitz)
- **Beratungsfachdienst für Migrant*innen/Migrationsberatung für Erwachsene** des Diakonischen Werks Potsdam e. V. (Dipl. Soz.-Päd. Uta Amme)
- **BleibNet proQuali** der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (Arndt Sändig)
- **Fachstelle Migration und gute Arbeit** des Arbeit und Leben e. V. (Joanna Hubert)
- **Förderprogramm Kulturelle Bildung und Partizipation** der Plattform für Kulturelle Bildung Brandenburg (Karin Kranhold)
- **Lotsendienst für Migrant*innen** der Social Impact gGmbH (Julia Plotz)
- **Koordinierungsstelle IQ Netzwerk Brandenburg des MASGF** (Lena Haselhorst)
- **Männer mit Perspektive** (Mosaikstein e. V., Flüchtlingspfarrer Bernhard Fricke)
- **Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam** (Diana Gonzalez Olivo)
- **oskar. Das Begegnungszentrum in der Gartenstadt Drewitz** (Tim Spotowitz)
- **Queer Haven – Das Netzwerk für Queer Refugees** im Land Brandenburg (Himmat Aljasem)
- **Start-Up Your Future: Gründerpatenschaften** des Wirtschaftsunioren Deutschland e. V. (Geertje von Holtz)
- **Start with a friend Potsdam** des Start with a friend e. V. (Stefanie Löhr)
- **WIN Projekt** der Industrie- und Handelskammer Potsdam (Yvonne Meyer, Farhan Yabroudi)



Austausch beim „Markt der Ideen“

Aufgestellte Tafeln luden zur Beantwortung der Frage „**Leben in Potsdam: Wie stelle ich mir meine Zukunft in der Stadt vor?**“ und zur Meinungsäußerung über die Zukunftsvisionen der Teilnehmenden ein. Die Tafeln standen rechts und links vor den Stehtischen des „Marktes der Ideen“ und wurden nur von wenigen Teilnehmenden genutzt.



Austausch

Der Markt bot auch die Möglichkeit, um in einer **Pause** bei etwas Kaffee oder Tee miteinander ins Gespräch zu kommen.



In der Pause

Abschluss

Im Abschlussteil der Integrationskonferenz stellte sich Sarah Knorr, die neue Flüchtlingskoordinatorin, Referentin Steuerungsunterstützung des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend, Gesundheit und der Landeshauptstadt Potsdam, dem Publikum vor.



Flüchtlingskoordinatorin Sarah Knorr

Anika Langhammer berichtete über die Planung einer Webseite zur transparenten Darstellung der Bildungsangebote für Geflüchtete - in Federführung der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung - im Rahmen der ESF-Landesförderung „Stadt-Umland-Wettbewerb“



Anika Langhammer (rechts) im Gespräch mit den Moderatorinnen der Integrationskonferenz, Waltraud Eckert-König (links) und Uta Meyer

Anschließend stellten Mitwirkende der Gesprächsgruppen bzw. Thementische ihre jeweiligen Diskussionsergebnisse allen Anwesenden kurz vor (ausführliche Darstellung und Protokolle siehe Seite 14 – 22).

Diana Gonzalez Olivo, Vorsitzende des Migrantenbeirates Potsdam und Magdolna Grasnack, Integrationsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, dankten den Moderatorinnen, allen Anwesenden, Mitwirkenden und Organisator*innen der Konferenz.

Beide warben für die Arbeit im Migrantenbeirat und für dessen nächste Wahl im Jahr 2019.

Es erfolgte noch ein Hinweis auf die Evaluationsbögen zur Integrationskonferenz.

Bilder von der Abschlusspräsentation



Evaluierung

Zur Evaluierung wurden während des Abschlussteils auf allen Plätzen Evaluationsbögen verteilt, die am Ende der Konferenz eingesammelt und anschließend ausgewertet wurden.

Auswertung der Fragebögen

Meine Einschätzung im Einzelnen:	+++	++	+	-	--	---	Gesamt
Die Struktur der Integrationskonferenz hat mir gefallen.	17	20	7	1	2		47
Die Vorstellung der Projekte im Rahmen des Marktes der Ideen war für mich informativ.	13	19	9	4			45
Die Schwerpunktthemen der Konferenz waren richtig gewählt.	16	22	6	2	1		47
Ich konnte mich in die Konferenz gut einbringen.	15	20	9	1			45

Insgesamt haben 48 Teilnehmer*innen den Fragebogen zur Integrationskonferenz abgegeben. In der Beantwortung der Frage „Welche Wünsche haben Sie für unsere nächsten Netzwerktreffen (Fachgesprächskreis für Migration und Integration) bzw. für die nächste Integrationskonferenz? wurden u.a. folgende Punkte benannt:

- Teilnahme von Politiker*innen und MBJS;
- Mehr Zeit für die Workshops bzw. generell mehr Raum für das wichtige Thema z. B. als Tageskonferenz. Das wäre ein gutes Signal nach außen;
- mehr Raum und Zeit für "unter 4 Augen"-Austausch und weniger gestückelte Struktur;
- Austausch mit Ausländerbehörde, Stadt und Jobcenter bezüglich der Sprachkurse (A1 – C1, inklusive C1 Hochschule);
- mehr die Potenziale und Ressourcen der Menschen aufgreifen als sie „nur“ als „Geflüchtete“ abzustempeln;
- Stehtische beim „Markt der Ideen“ zu eng gestellt – mehr Platz für Projekte zulassen;
- einige Themen könnten mehr Potsdam-spezifisch gestellt werden als zu allgemein;
- Umgang mit eigener Identität (Kultur, Religion) könnte beleuchtet werden;
- leider immer noch wenige Migrant*innen, aber schon mehr als sonst, guter Weg;
- bessere Sichtbarkeit der Ergebnisse ermöglichen;
- mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit, Dolmetscher*innen;
- mehr Zeit für die Diskussionen, Bedarfe der Migrant*innen vertieft diskutieren – eigene Veranstaltung;
- aktuelle Situation der Integration der LH Potsdam;
- Fachgespräche/Runde Tische nach Thementischen organisieren, je sechs Monate;
- Ansprechen von Migrant*innen-Gruppen muss stärker erfolgen;
- mehr Raum für das Entstehen von Themen (offene Formen);
- Ableitung/Herausarbeiten von vertiefenden Themen:
 - hierbei lösungsorientierte Einladung von anderen
 - mehr Energie in gezielte bzw. ergänzende Einladung
 - Thementische: Zuweisung/Einordnung von hierfür notwendigen Akteuren (Bsp.: Lehrer*innen und Bildungsministerium des Landes Brandenburg oder Jobcenter und Arbeitgeber/Unternehmen);
- Umwandlung „grüne“ (positive) Karten zu Forderungen – mehr Mut zum Dissens, insbesondere, wenn auf kommunaler Ebene Problem nicht zu lösen ist, Vorbild sein – Themen weitergeben (als Beispiel-Stadt in Deutschland).

Liste der Teilnehmenden der 7. Integrationskonferenz

Bei der 7. Integrationskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam nahmen etwa 177 Personen teil, darunter viele Potsdamer*innen mit Migrationshintergrund und Mitglieder zahlreicher Initiativen, Organisationen und Vereine, die in der Arbeit mit Geflüchteten und Migrant*innen eine zentrale Rolle spielen.

Folgende Initiativen und Organisationen waren vertreten:

Afghanischer Kulturverein in Brandenburg e. V., i. Gr; Agentur für Arbeit Potsdam; Alexander-Haus e. V.; Antidiskriminierungsberatung/Opferperspektive e. V.; Arbeiterwohlfahrt (AWO) Potsdam BV; Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus; Arbeit und Leben e. V.; Autonomes Frauenzentrum Potsdam AFZ/Muslime in Potsdam; Autonomes Frauenzentrum Potsdam e. V.; AWO Projekt "Richtig ankommen"; Bahá'í-Gemeinde Potsdam; Begegnungscafé der Evangelischen Kirche Babelsberg; Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e. V.; Bildungsberatung GFH beim JMD der Caritas Berlin; Bund der Vertriebenen; Bürgerhaus am Schlaatz/KUBUS gGmbH; Bürgerhaus Stern*Zeichen; Diakonisches Werk Potsdam e. V./Beratungsfachdienst für Migrant*innen; DRK KJHV; DRK-Suchdienst; Fachhochschule Potsdam; Fachstelle Migration und Gute Arbeit Brandenburg; Fachzentrum für Soziale Arbeit im Bereich Migration und Integration des ISA e. V.; Filmprojekt Gerechte Geldordnung – Gerechte Weltordnung; Flüchtlingsarbeit im Evangelischen Kirchenkreis Potsdam; Forschungsinstitut für Betriebliche Bildung gGmbH; Fraktion CDU/ANW; Fraktion DIE LINKE/SVV Potsdam; Frauenclub Việt Hồng e. V.; Gesundheitsakademie Ernst von Bergmann; Hand in Hand Potsdam e. V.; Handwerkskammer Potsdam; Hans-Otto-Theater Potsdam; IB Berlin-Brandenburg gGmbH/JMD Potsdam; IB gGmbH/Jugendmigrationsdienst im Quartier; Industrie- und Handelskammer Potsdam; Inwole e. V.; IQ LNW Brandenburg; Jobcenter Potsdam; Jüdische Gemeinde Stadt Potsdam e. V.; Jugendberufsagentur Potsdam; Jugendhilfeprojekt FAIR des Universitätsportvereins Potsdam e. V.; KAUSA Servicestelle Brandenburg; Klinikum Ernst von Bergmann Potsdam; kobra.net/Transferagentur kommunales Bildungsmanagement; LAG Brandenburg; Landeshauptstadt Potsdam; Löwenherz e. V.; Mädchentreff „Zimtzicken“; Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam; Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen (MASGF) des Landes Brandenburg/Netzwerk IQ/Anerkennungsberatung; Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) des Landes Brandenburg; Mosaikstein e. V.; Neopanterra e. V.; Neues Potsdamer Toleranzedikt e. V.; Oberstufenzentrum I Potsdam; Oberstufenzentrum II Potsdam; oskar. Begegnungszentrum in der Gartenstadt Drewitz; Plattform Kulturelle Bildung Brandenburg – Regionalbüro Potsdam; Queer Haven Land Brandenburg; RAA Brandenburg/Teilprojekt IQ-Brandenburg; RAA Potsdam; Refugees Emancipation; Schulsozialarbeit Stiftung SPI; Social Impact gGmbH; Song Hong e. V.; South African German Network (SAGE Net) e. V.; Soziale Stadt Potsdam e. V.; spielart schweiz/spielart berlin (resolution.berlin); Staatliches Schulamt Frankfurt (Oder); Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Stadtfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Stadtkontor GmbH; Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e. V.; Start with a friend e. V.; Start-Up Your Future; Staudenhof Wohnungsverbund ZukunftsOrientierte Förderung e. V.; Stiftung für Engagement und Bildung; Stiftung SPI; tamen. – Working Potsdam; Teach First Deutschland; Thang Long e. V.; Universität Potsdam; Urania Schulhaus GmbH; Volkshochschule Potsdam; Waschhaus Potsdam; Wildwuchs Streetwork; Wirtschaftsjuvenen Deutschland; Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.; ZOF e. V.

